

Kontroverse Diskussion im Kantonsparlament über die Klimaneutralität

Aus bürgerlicher Sicht ist das Zieljahr 2040 unrealistisch – SVP und FDP überlegen sich ein Referendum

ZENO GEISSELER

In der Debatte um den Klimawandel hat sich weltweit eine Jahreszahl als Fernziel etabliert: 2050. Bis dann wollen unter anderem die USA und die EU klimaneutral sein. Auch die Schweiz richtet ihre Klimapolitik auf die Mitte des 21. Jahrhunderts aus.

Universell akzeptiert ist 2050 allerdings nicht. China etwa, verantwortlich für 35 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstosses, peilt 2060 an. Doch in der kleinen Schweiz gibt es Bestrebungen, das Soll bereits früher zu erreichen. Die Stadt Zürich etwa will schon 2040 auf Netto-Null sein, die Zürcher Stadtverwaltung selbst strebt für sich sogar 2035 an. Der Kanton Zürich wiederum definiert Netto-Null als Ziel für «2040, spätestens aber bis 2050». So hat es der Regierungsrat im Rahmen der langfristigen Klimastrategie beschlossen.

Welche Zahl soll es sein?

Am Montag ist es im Kantonsparlament nun darum gegangen, eine Jahreszahl ins Energiegesetz zu schreiben und somit als verbindlich zu erklären. Die grosse Frage war, welche Zahl es sein sollte. Auf der Hand lag der Vorschlag, im Gesetz einfach genau die gleiche Bandbreite zu verankern, die bereits in der Klimastrategie festgelegt worden war, also 2040, spätestens 2050. Dies war denn auch der Vorschlag der Mehrheit der vorberatenden Kommission.

Doch SVP und FDP waren damit nicht einverstanden. Aus ihrer Sicht brauchte es überhaupt keine Änderung des Energiegesetzes. Und wenn doch, dann sollte nur 2050 als Zieljahr ins Gesetz geschrieben werden – dies, weil auch die nationale Klimastrategie auf dieses Jahr ausgerichtet sei. Die Grünen schliesslich wollten Netto-Null sogar bereits 2037 erreichen. Dabei orientieren sie sich am Kanton Basel-Stadt, dessen Stimmvolk vor zwei Jahren das entsprechende Ziel angenommen hatte.

Gemeinsamkeiten mit VW

Nun ist es eine Sache, eine Jahreszahl in ein Gesetz zu schreiben. Eine ganz andere ist es, ein Ziel tatsächlich zu erreichen. Diese Diskrepanz sprach Ueli Bamert (SVP, Zürich) im Kantonsrat sofort an. Die Linke sei sehr gut darin, fromme Wünsche zu äussern, sagte er. Aber den Menschen reinen Wein einzuschenken und zu erklären, wie die



Beim Heizungsersatz ist Zürich auf gutem Weg.

GAËTAN BALLY / KEYSTONE

Klimaneutralität erreicht werden solle, das tue sie nicht. «Das Gesetz ist weitgehend Symbolpolitik, und das braucht es nicht», sagte Bamert.

Dass die Mehrheit der Kommission 2040 anstrebe, sei reine Wunschzettelpolitik. Und dass die Grünen sogar noch 2037 forderten, sei fast nicht der Rede wert. Man liefere sich ein kindisches Überbieten. Ganz anders sah es die SP. «Die Zeit drängt», sagte Markus Bärtschiger (Schlieren). Es brauche ein griffiges Gesetz, das für den Kanton wie für die Gemeinden eine Handlungsgrundlage darstelle. 2040 sei ein hochgestecktes Ziel, aber machbar. Den Vorschlag der Grünen, 2037, lehne die SP allerdings ab, sagte Bärtschiger.

Der zuständige Baudirektor, Martin Neukom (Grüne), spannte den Bogen weit. Er erwähnte, dass Grossbritannien soeben das letzte Kohlekraftwerk abgeschaltet habe. Dann richtete sich sein Blick nach Deutschland. Dort, sagte er, «hat VW die Elektromobilität komplett verschlafen». Der Autohersteller habe am

Verbrennungsmotor festgehalten, sogar Tests manipuliert. «Und jetzt ist es ganz offensichtlich, dass die Chinesen die besseren Elektroautos bauen.»

Neukom wollte mit diesem Beispiel die wirtschaftsfreundlichen Kräfte im Rat warnen: Wenn die Wirtschaft den Klimaschutz nicht ernst nimmt, dann bekommt es ihr nicht gut. Und wer, wie die FDP und die SVP, sich ganz gegen eine Gesetzesänderung sperre, der wolle einfach, dass sich nichts ändere. «Das erinnert mich an das Mindset von Volkswagen», sagte er.

2030 als grosses Zwischenziel

Der Antrag der beiden grossen bürgerlichen Parteien, gar nicht erst auf die Revision des Gesetzes einzutreten, scheiterte allerdings deutlich, und damit war der Weg frei für die Detailberatung. Diese widmete sich zuerst der Frage, ob der Kanton Zwischenziele ins Gesetz schreiben solle und wenn ja, welche.

Auch dazu lagen drei Varianten vor. Erstens: bis 2030 48 Prozent weniger Emissionen als 1990. Das war der Antrag der Kommissionsmehrheit. Zweitens: bis 2030 55 Prozent weniger als 1990 und dann bis 2035 80 Prozent weniger. Dieser etappierte Vorschlag kam von SP und Grünen. Drittens: gar kein Zwischenziel. Das beantragten SVP und FDP.

David Galeuchet (Grüne, Bülach) sagte, ihr Vorschlag orientiere sich an der EU. Auch diese wolle ihre Emissionen bis 2030 um 55 Prozent reduzieren. Doch dieser Antrag blieb genauso chancenlos wie die Idee der Bürgerlichen, gar kein Zwischenziel im Gesetz festzulegen. Die Mehrheit des Rats entschied sich für den Kommissionsantrag, also 48 Prozent weniger bis 2030.

Schliesslich kehrte das Parlament zur Kernfrage zurück: Welches Zieljahr soll für Netto-Null nun festgelegt werden? Sarah Fuchs (FDP, Meilen) machte sich nochmals für 2050 stark.

Das Schweizer Stimmvolk habe im Jahr 2023 Ja zu Netto-Null bis 2050 gesagt. «Wir halten uns an dieses Verdikt», sagte sie.

Die FDP befand sich allerdings in einer etwas delikaten Lage: In der Stadt Zürich hatten die Freisinnigen nämlich das Netto-Null-Ziel 2040 unterstützt.

Der Baudirektor Martin Neukom warnte die wirtschaftsfreundlichen Kräfte im Rat: Wenn die Wirtschaft den Klimaschutz nicht ernst nimmt, dann bekommt es ihr nicht gut.

Fuchs sprach dies von sich aus an. Die Ausgangslage in der Stadt Zürich sei eine andere, sagte sie. Die Stadt könne dank dem gut ausgebauten öV, der Fernwärme und mit viel Geld 2040 schaffen. «Wir gratulieren jeder Gemeinde, die Netto-Null vor 2050 erreicht», sagte sie. «Der Kanton Zürich besteht aber nicht nur aus der Stadt Zürich.»

Der Rest der Welt

Ueli Bamert von der SVP warf ein, dass es in einigen Punkten gar nicht in der Hand des Kantons liege, Verschärfungen zu erlassen. «Wir können niemandem verbieten, ein Benzinauto zu kaufen», sagte er. «Ein Verbot wäre Sache des Bundes.» Ausserdem bringe es nichts, wenn sich Zürich ein Bein ausreisse, und dann noch eines, wenn der Rest der Welt nicht mitmache. Er sei überzeugt, sagte Bamert, dass die Welt noch in diesem Jahrhundert vom Öl wegkomme. «Aber nicht bis 2050.»

In der Abstimmung fiel der Entscheid dann deutlich aus. Der Kanton Zürich muss sein Nettoziel 2040 erreichen, spätestens aber bis 2050. Zu Ende beraten ist das Gesetz damit noch nicht. Am 25. November wird es weitergehen. Vor allem aber könnte es eine Volksabstimmung geben. Sowohl die SVP als auch die FDP haben angekündigt, ein Referendum sehr ernsthaft zu prüfen.

Der Kantonsrat verankert den Vogelschutz im Baugesetz

Der neue Passus soll dafür sorgen, dass weniger Vögel sterben, weil sie gegen Glasscheiben fliegen

ANDREA MARTI

Im Zürcher Baugesetz ist nun auch der Vogelschutz verankert. Das hat der Kantonsrat am Montag entschieden. Künftig ist vorgeschrieben, dass neue Gebäude so gestaltet werden müssen, dass Vögel möglichst nicht in Gefahr geraten. Das verlangten SP, Grüne, GLP und AL in einer parlamentarischen Initiative.

Jedes Jahr verenden in der Schweiz Hunderttausende von Vögeln, weil sie gegen Scheiben prallen. Das Problem verschärft sich: Weil Häuser zunehmend grössere Fenster haben, gibt es für Vögel immer mehr Gefahren. «Fensterflächen werden zum Massenfriedhof», sagte die Grünen-Kantonsrätin Wilma Willi (Stadel). Besonders gefährlich für Vögel: Glasflächen, die sie nicht erkennen können. Also Fassaden, die stark spiegeln, Eckfenster oder Wintergärten.

Methoden, um solche gefährlichen Stellen für Vögel etwas sicherer zu

gestalten, gibt es viele. Milchglas statt Fensterglas verwenden, Metallzäune statt Glaszäune oder gemusterte Folien, die Vögel besser sehen als reines Glas. Darauf wies der Regierungsrat Martin Neukom (Grüne) hin.

«Was ist mit den Fischen?»

Was kaum hilft: die bekannten schwarzen Vogelkleber. Vögel nehmen die Kleber zwar manchmal als Hindernis wahr, versuchen dann aber, an den Aufklebern vorbeizufliegen – und krachen daneben gegen die Scheibe. Die funktionierenden Methoden für mehr Vogelsicherheit werden aber laut den Initiantinnen der parlamentarischen Initiative zu selten umgesetzt. Deshalb brauche es diesen neuen Passus im Baugesetz. Die Initiantin Theres Agosti (SP, Turbenthal) sagte: «Jeder Vogel, der wegen einer Glasfläche stirbt, ist einer zu viel.»

Widerspruch gegen die parlamentarische Initiative kam nur von der

FDP. Es ergebe keinen Sinn, nur für eine Art Tier einen neuen Gesetzesabschnitt zu verabschieden, sagte Stephan Weber (Wetzikon). «Was ist dann zum Beispiel mit den Fischen? Wir wollen keine Ungleichbehandlung von Tieren.» Ausserdem sei der Tierschutz im heutigen Baugesetz bereits enthalten. «Im Baugesetz steht, dass Gebäude keine Sachen gefährden dürfen. Das sind Vögel mitgemeint», sagte Weber. Wenn nötig, könnten die Behörden schon heute mehr Massnahmen einfordern, wenn Vögel durch ein neues Gebäude in Gefahr gebracht würden.

Regierungsrat dagegen

Dem widersprachen die Befürworter der Vorlage. Dass Vogelschutz mitgemeint sei, reiche offenbar eben nicht. «Das Problembewusstsein ist zu klein», sagte die Initiantin Agosti. Und Judith Stofer (AL, Dübendorf) setzte hinzu: «Wo Vogelschutz drin ist, muss auch Vogelschutz draufstehen.»

Der Regierungsrat sprach sich gegen die Änderung des Baugesetzes aus. «Dieser Vorschlag führt vor allem zu mehr administrativem Aufwand für die Bauherren», sagte der Baudirektor Neukom. Dass der neue Passus manche Vögel retten könnte, könne diesen Nachteil nicht ausgleichen. Trotz der Ablehnung des Regierungsrats wurde die Vorlage schliesslich mit 147 zu 30 Stimmen deutlich angenommen, ausser der FDP stimmten alle Parteien dafür.

Schutz nur bei Neubauten

Ein Minderheitsantrag zur Vorlage war zuvor auf grössere Ablehnung gestossen. Darin wurde gefordert, dass die Vogelschutzpflicht auch für bestehende Bauten gelten solle. Das ging vielen Kantonsräten und Kantonsrätinnen zu weit. Bestehende Bauten vogelsicher zu machen, sei schlicht nicht umsetzbar, argumentierte etwa die Kantonsrätin Janine Vannaz (Mitte, Aesch).

Ausserdem sollten laut dem Minderheitsantrag nicht nur Fenster, Fassaden und Glasflächen vogelfreundlich gestaltet werden, auch andere Bauten dürften Vögel gar nicht gefährden. So kam die Diskussion rasch auf: Windräder. Peter Schick (SVP, Zürich) fragte rhetorisch: «Wenn schon Hausfassaden und Fenster gefährlich sind für Vögel, wie sicher kann es dann sein, wenn ein Vogel in der Nähe eines Windrads fliegt?» Der Regierungsrat Martin Neukom hingegen betonte: «Im Vergleich zu Hauskatzen, Verkehr und Glasfassaden sind Windräder ungefährlich für Vögel.»

Den Minderheitsantrag zogen die Initiantinnen daraufhin zurück. Politisch sei er nicht realistisch, man wolle den Erfolg der Initiative nicht gefährden, sagte die Kantonsrätin Agosti. Wenn Neubauten vogelsicherer würden, sei das immerhin schon ein Schritt. «Da haben wir lieber den Spatz in der Hand als die Taube in der Scheibe.»